

2 Von partizipativen Demokratietheorien zu Stufenmodellen partizipativer Governance

Eine Antwort auf die Fragestellung, ob die Online-Konsultationen der Europäischen Kommission eine Form partizipativer Demokratie darstellen, ist nicht möglich, ohne sich einer Definition partizipativer Demokratie anzunähern. Dies ist nicht nur deshalb herausfordernd, da – wie im Folgenden zu sehen sein wird – kein einheitliches, geschlossenes Theoriegebäude zum Oberbegriff der partizipativen Demokratie besteht. Vielmehr wird eine Definitionssuche zusätzlich dadurch erschwert, dass seit dem Aufkommen der *Governance*-Debatten der Begriff der partizipativen Demokratie durch den Begriff der partizipativen *Governance* (oder: *participatory governance*) teils verdrängt wird, teils beide Begriffe miteinander vermischt und teils auch synonym verwendet werden. Ziel dieses Kapitels soll es daher sein, sich den Begriffen der partizipativen Demokratie und der partizipativen *Governance* inhaltlich anzunähern und das Verhältnis dieser beiden Begriffe zueinander zu diskutieren. Letztendlich sollen die folgenden Ausführungen dazu dienen, zu einer Scheidemarke zu gelangen, mithilfe derer unterschieden werden kann, ob Partizipationsarrangements als partizipative Demokratie klassifiziert werden können oder nicht. Jenseits dieser dichotomen Unterscheidung soll zudem ein Analyseraster entwickelt werden, das es erlaubt, Partizipationsarrangements differenzierter unterscheiden, einordnen und bewerten zu können, um innerhalb eben dieses Rasters auch die Online-Konsultationen der Europäischen Kommission theoretisch genauer verorten zu können.

2.1 Theorien partizipativer Demokratie

Partizipative Demokratietheorien entstanden vor dem Hintergrund der sozialen Bewegungen ab den 1960er Jahren in Abgrenzung zu den damals vorherrschenden und je nach Sichtweise als „elitistisch“ oder auch „realistisch“ bezeichneten Demokratietheorien (Weber 2012: 223). So geht beispielsweise auf Joseph Schumpeter ein elitistischer Demokratietheorieansatz zurück (Schmidt 2010: 184), in dem Bürgerinnen und Bürgern vor allem die Rolle zukommt, aus konkurrierenden Eliten eine Regierung zu wählen, da politische Fragen angesichts

ihrer Komplexität nur von Experten, also den politischen Eliten, und nicht von der breiten Masse der Bevölkerung entschieden werden sollten (vgl. Massing 2012: 224f.).

Im Gegensatz zu diesem eingeschränkten Partizipationsverständnis, bei dem die Bürgerinnen und Bürger lediglich ihre Repräsentanten auswählen, setzt die partizipative Demokratietheorie auf weitreichende Bürgerbeteiligung (Weber 2012: 223). Gleichzeitig wird die repräsentativ-liberale Demokratie sowohl aus einer normativen als auch aus einer funktionalen Perspektive kritisiert: Normativ spiegele die liberale Demokratie nur ein defizitäres Demokratiebild wider und auf der praktischen Ebene könnten die rein liberaldemokratischen Verfahren keine adäquate Problemlösung gewährleisten (Fuchs 2004: 35). Auch die Entscheidungsfindung über Mehrheitsabstimmungen wird kritisiert:

„Die Befürworter der partizipativen Demokratie setzen an folgenden Problemen der Mehrheitsregelung an: Die wachsende Diskrepanz zwischen dem Kreis der an öffentlichen Entscheidungen Beteiligten und den von ihnen Betroffenen sowie die Differenz zwischen Entscheidungszuständigkeit und Entscheidungsreichweite. Diese Diskrepanz wird mit Blick auf transnationale Regelungsmechanismen noch größer“ (Walk 2008: 80).

Umgekehrt diskutiert die partizipative Demokratietheorie die normative Frage, wie viel Teilhabe nötig ist, um eine „vollgültige“ Demokratie zu gewährleisten und fragt auf der funktional-praktischen Ebene, wie mit Partizipation die Demokratien stabilisiert werden können (Meyer 2009: 135): Die Ausweitung von Bürgerteilhabe bei politischen Entscheidungen könne deren anschließende Implementierung erleichtern, somit die Effektivität politischen Handelns erhöhen und insgesamt zur verbesserten Legitimität und Stabilität des politischen Systems beitragen. Außerdem steige durch verstärkte Partizipation das Urteilsvermögen der Bürger für politische Fragen und Prozesse und wirke Entfremdungsprozessen zwischen Staat und Bürgern entgegen (Meyer 2009: 136). Gerade das letztgenannte Ziel ist ein wesentliches Merkmal partizipativer Demokratietheorien, wenn es darum geht, das Verhältnis von *policy-makers* einerseits und den Adressaten politischer Entscheidungen (den *policy-takers*) neu auszutarieren (Gelli/Morlino 2009: 17), was wiederum als dringend nötig betrachtet wird, denn:

„Eine zentrale These partizipativer Demokratietheorien ist, dass die Individuen und Institutionen in einer Gesellschaft nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Die Existenz repräsentativer Elemente bzw. Institutionen wird als nicht ausreichend für ein demokratisches System eingeschätzt“ (Walk 2008: 79).

Dabei trauen Vertreter partizipativer Demokratietheorien – anders als etwa Schumpeter und andere Apologeten elitärer Demokratiemodelle – es den Bürgern durchaus zu, dass diese zur aktiven Teilnahme am Entscheidungsprozess zu politischen Sachfragen in der Lage sind bzw. durch geeignete Organisation der Entscheidungsprozesse, durch Aufklärung und Einübung in diese Lage versetzt werden können (Schmidt 2010: 240f.):

„Die partizipative Demokratietheorie geht von einem positiven Menschenbild aus: Die politischen Kompetenzen jedes Einzelnen sind optimierbar, extreme Selbstbezogenheit, Apathie und Entfremdung werden als Produkte begrenzter Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Prozess angesehen. Aufgabe der Demokratie ist es, Lern- und Aufklärungsprozesse in Gang zu setzen und die Chancen verständigungsorientierter Konfliktaustragung zu vergrößern (Walk 2008: 253).

Mit dieser Forderung nach mehr „Herrschaft durch das Volk“ lässt sich die partizipative Demokratietheorie im Sinne von Scharpf (1999: 17) als „inputorientierte Demokratietheorie“ klassifizieren (Weber 2012: 223). Gleichzeitig ist sie durch die aufgeworfene Fragestellung, wie Demokratie ausgestaltet sein muss, um als „gute“ Demokratie gelten zu können, eine normative Theorie, auch wenn sie angesichts ihrer zuvor erläuterten funktional-praktischen Aspekte kein „rein normatives Modell“ darstellt, als das Dieter Fuchs (2004: 34) die partizipative Demokratie beschrieb. Dabei sollte besser von partizipativen Demokratietheorien im Plural gesprochen werden, da kein allgemein geteiltes Standardmodell partizipativer Demokratie existiert. Vielmehr sammeln sich – wie eingangs erwähnt – unter dem Oberbegriff der partizipativen Demokratie verschiedene Theorieansätze:

„Die Debatte um partizipative Demokratie bietet ein Mosaik konzeptioneller Überlegungen und empirischer Demokratiemodelle, das auf verschiedenartigen wissenschaftlichen Methoden beruht und das unterschiedliche Abstraktionsebenen in sich vereint“ (Zittel 2004: 57).

Zittel unterscheidet hier anhand von drei Strategien der Demokratisierung verschiedene Argumentationsmuster in den partizipatorischen Demokratietheorien, die zwar nicht einzelnen Autoren zuzuordnen sind, die aber bei der Analyse verschiedener partizipativer Demokratiekonzepte von Nutzen sind (Zittel 2007: 11). Die *integrative* Demokratisierungsstrategie rückt

„[...] die tätige Mitwirkung der Bürger ins Zentrum. Besseres Regieren durch mehr Mitwirkung in Wort und Tat ist ihr Leitmotiv, nicht Konfliktregelung durch Befehl, Marktmacht, Mehrheit oder Aushandeln, wie in der Autokratie oder den Spielarten der Mehrheits- und Verhandlungsdemokratie“ (Schmidt 2010: 240).

Allerdings sollen nicht nur die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger bei politischen Entscheidungen ausgebaut, sondern gleichzeitig auch ein Prozess der politischen Sozialisierung gefördert werden. Demokratie wird als soziales Handeln betrachtet, das erlernt werden und bei dem eine „Selbsttransformation“ zum Bürger stattfinden soll, auf dass dieser Privatinteressen und soziale Verantwortung in Balance bringen soll (Zittel 2007: 12f.).

Die *expansive* Demokratisierungsstrategie setzt nicht nur auf eine quantitative, sondern vor allem auf eine qualitative Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten, indem beispielsweise Entscheidungen durch Formen direkter Demokratie getroffen werden. Politikverdrossenheit wird in dieser Sichtweise mit den mangelnden Einflussmöglichkeiten der Bürger erklärt, die sich angesichts ihrer geringen Wirkungsmacht aufgrund eines Kosten-Nutzen-Kalküls von der Politik abwendeten. Dem soll mit expansiven Partizipationsmöglichkeiten entgegengewirkt werden (Zittel 2007: 17ff.). Auch kann diese qualitative Ausweitung darauf gerichtet sein, weitere gesellschaftliche Bereiche der demokratischen Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger zu unterstellen, etwa das Wirtschaftsleben und Bildungswesen oder die Familie bis hin zu einer „Totalpolitisierung“ der Gesellschaft (Schmidt 2010: 238f.).

Die *effizienzorientierte* Demokratisierungsstrategie schließlich konzentriert sich auf die Frage, wie sich die „Transaktionskosten“ der Demokratie senken lassen, sodass die Beteiligungsschwelle für den einzelnen Bürger sinkt (etwa durch Online-Abstimmungen) und folglich Partizipation ansteigt (Zittel 2007: 21f.). Während also die expansive Strategie in der (unterstellten) Kosten-Nutzen-Relation des einzelnen Bürgers auf der Nutzen-Seite ansetzt und diese stärken möchten, versucht die effizienzorientierte Strategie die Kosten zu senken.

Zur Analyse von partizipativen Demokratietheorien kann man neben Zittels Unterscheidung der drei Demokratisierungsstrategien auch die verschiedenen Dimensionen der Partizipation heranziehen:

„Dieser Begriff von Beteiligung ist mehrdimensional: Der Partizipation werden über ihre Funktion der Auswahl, Programmierung und Kontrolle der politischen Elite (instrumentelle Dimension) weitere Zwecke zugeschrieben. Sie soll erzieherisch wirken und die Individuen zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern heranbilden (transformative Dimension). Zugleich stellt sie eine Form der Ausübung politischer Freiheit dar und bildet insofern einen Selbstzweck (intrinsische Dimension)“ (Weber 2012: 223f.).

Um diese eher abstrakten Merkmale verschiedener Theorien partizipativer Demokratie und die Vielfalt innerhalb dieses Demokratietheoriesegments konkreter veranschaulichen zu können, sollen im Folgenden die Konzepte von drei Hauptautoren, die die Debatten zur „klassischen“ partizipativen Demokratie maßgeblich geprägt haben, vorgestellt werden. Darüber hinaus sollen zudem mit Theo-

rien zur assoziativen und deliberativen Demokratie zwei weitere Theoriestränge diskutiert werden, die teils den partizipativen Demokratietheorien zugerechnet, teils von diesen auch unterschieden werden, auf jeden Fall aber an partizipative Demokratiemodelle angrenzen und mit diesen artverwand sind, schon weil sie eine Rückverlagerung von politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen von den Staaten und ihren Regierungen in die Gesellschaft zu den Bürgern anstreben.

Diese breite Auffassung von partizipativen Demokratietheorien – über den engen, „klassischen“ Kern dieses Theoriestrangs hinweg – ist vor dem Hintergrund der Bewertung der Online-Konsultationen der Kommission schon wegen des hier auch anzuwendenden *in dubio pro reo*-Prinzips geboten: Selbst wenn Online-Konsultationen nicht die Anforderungen „klassischer“ partizipativer Demokratie erfüllen sollten, könnten sie doch Ausprägungen eng verwandter Theorien wie der assoziativen und deliberativen Demokratie sein und hierüber ein zusätzliches Demokratisierungspotenzial für die Europäische Union entfalten.

2.1.1 Theorien der „klassischen“ partizipativen Demokratie

Zu den „Fürsprechern der klassischen ‚partizipatorischen Demokratietheorie‘“ zählen für Manfred G. Schmidt (2010: 237) Carol Pateman sowie Peter Bachrach und Aryeh Botwinick.

Carol Pateman kritisiert den Mainstream der Demokratietheorie in ihrer Zeit (sie spricht sogar von einer orthodoxen Doktrin), in dem Partizipation nur noch eine sehr geringe Rolle spiele, ja in dem eine breite Partizipation der Bürger sogar als Gefahr gesehen werde (Pateman 1970: 1). Sie entwickelt ihre Theorie der partizipativen Demokratie – ausgehend von den Demokratievorstellungen Jean Jaques Rousseaus – vor dem Hintergrund der Ideengeschichte der politischen Theorie (Zittel 2004: 61). Für Pateman (1970: 22) ist Rousseau der „theorist *par excellence* of participation“. Nach Pateman bedeutete für Rousseau Partizipation konkret die Teilhabe am Zustandekommen von Entscheidungen (*decision-making*). Partizipation habe bei ihm aber auch und vor allem eine erzieherische Funktion, indem die Partizipation als Praxis die Bürger zu verantwortungsvoll politisch und sozial Handelnden mache (Pateman 1970: 24f.). Zudem entfalte für Rousseau Partizipation eine integrierende Wirkung, die das Zugehörigkeitsgefühl des Individuums zur Gemeinschaft stärke (Pateman 1970: 27).

Pateman fordert, dass den

„[...] Bürgern so viele Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden müssen, wie es öffentliche Entscheidungssphären gibt. Die ‚Partizipation‘ bezieht sich dabei auf

die Einbeziehung in Entscheidungsprozesse und die Gleichheit bezüglich der Macht, den Ausgang der Entscheidungen bestimmen zu können" (della Porta 2011: 53, Übertragung aus dem Italienischen J.L.).

Allerdings beschränken sich die Demokratisierungsforderungen Patemans nicht allein auf den Staat. In Anknüpfung an John Steward Mill¹² und den politischen Theoretiker und libertären Sozialisten George Douglas Howard Cole¹³ diskutiert Carol Pateman die Möglichkeit, auch die Arbeitswelt zu demokratisieren, indem die betrieblichen Partizipationsmöglichkeiten der Arbeiter ausgeweitet werden (Zittel 2004: 61), denn für Pateman besteht die Gesellschaft nicht nur aus einem, sondern mehreren politischen Systemen, die allesamt zu demokratisieren seien (Pateman 1970: 35). Für sie stellte dabei die Arbeiterselbstverwaltung, die Tito in Jugoslawien nach dem Bruch mit der UdSSR einführte, ein interessantes Studienobjekt dar (Pateman 1970: 85ff.). Die Bedeutung der Demokratisierung der Arbeitswelt für die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft ergibt sich für Pateman (1970: 43) auch daraus, dass die meisten Menschen einen Großteil ihres Lebens an ihrem Arbeitsplatz verbringen und die Betriebe gleichzeitig eine ideale Umgebung böten, um das „management of collective affairs“ einzuüben.

Vor dem Hintergrund ihrer Forderung nach Demokratisierung der Arbeitswelt entwickelt Pateman (1970: 70f.) auch eine Unterscheidung voller und partialer Partizipation. Während bei der stückweisen, unvollständigen Partizipation die Arbeiter eine Entscheidung nur beeinflussen können und das Letztentscheidungsrecht bei der Betriebsführung liegt, bedeutet volle Partizipation „a process where each individual member of a decision-making body has equal power to determine the outcome of decisions“ (Pateman 1970: 71). Die beiden Partizipationsformen unterscheiden sich damit auch hinsichtlich der (Un-)Gleichheit der Beteiligten: Während bei der partialen Demokratisierung eine klare Hierarchie (Beteiligte vs. Letztentscheider) bestehen bleibt, wird dieses Machtgefälle bei der vollen Partizipation (zumindest formal) ausgeglichen (vgl. auch della Porta 2011: 54).

Betrachtet man Patemans Theorie der partizipativen Demokratie vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Demokratisierungsstrategien von Zittel (vgl. oben), so verfolgt Pateman also sowohl eine integrative als auch eine expansive Demokratisierungsstrategie und benutzt zugleich einen multidimensionalen Par-

12 "In his later work, Mill came to see industry as another area where the individual could gain experience in the management of collective affairs, just as he could in local government" (Pateman 1970: 33).

13 "[...] but for Cole it is industry that holds the key that will unlock the door to a truly democratic polity" (Pateman 1970: 35).

tizipationsbegriff, der nicht nur eine funktionale, sondern auch eine transformative und intrinsische Dimension besitzt (vgl. dazu Weber 2012: 223f.).

Für Pateman schaffen neue Partizipationsmöglichkeiten die Voraussetzung für breitere und bessere Partizipation durch die Bürger, indem Teilhabe eingeübt wird. Außerdem habe Partizipation eine integrative Wirkung auf die Gesellschaft, verbessere die Akzeptanz getroffener Entscheidungen (Pateman 1970: 42f.) und erhöhe damit auch die Legitimität des politischen Systems.

Auch Peter Bachrach und Aryeh Botwinick kritisieren in ihrem Buch *Power and Empowerment. A radical Theory of Participatory Democracy* das eng gefasste Partizipationsverständnis und den Elitismus liberaler Demokratiekonzeptionen (Bachrach/Botwinick 1992: 19). Für sie stellt – auch vor dem Hintergrund der sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich¹⁴ – die zunehmende Kluft zwischen einigen wenigen mit Macht ausgestatteten Regierenden einerseits und den vielen Entfremdeten, die von ersteren regiert werden, andererseits eine existentielle Gefahr für die (amerikanische) Demokratie dar (Bachrach/Botwinick 1992: ix). Diesen Gegensatz von Herrschenden und Beherrschten machen sie vor allem anhand von Klassenunterschieden und -gegensätzen fest (Bachrach/Botwinick 1992: 149). Daher fordern auch Bachrach/Botwinick eine Demokratisierung der Arbeitswelt (für sie der wichtigste Ansatzpunkt für eine Reform des politischen Systems) – allerdings nicht als Selbstzweck, sondern mit dem Ziel einer größeren Gleichverteilung von Macht und damit einer egalitaristischen Demokratie (Bachrach/Botwinick 1992: 12f.). Gleichzeitig verfolgen auch sie mit verstärkter Partizipation edukative Ziele wie das „maximum self-development“ der Bürger, die nicht nur ihre eigenen Interessen besser erkennen, sondern auch das Wohlergehen ihrer Mitmenschen im Blick behalten sollen (Bachrach/Botwinick 1992: 20f.).

Letztendlich streben sie eine partizipative Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche an:

“The ultimate aim is political transformation into a participatory society. In such a society the principle of participatory democracy is applied to all political groups, including government bureaucracies at all levels, factories and offices, universities,

14 Dass sich diese Schere zwischen Arm und Reich in den USA deutlich geöffnet hatte, lässt sich am Anstieg des Gini-Koeffizienten, der ein Maß für die Einkommensungleichheit in einem Land darstellt, ablesen: So stieg dieser Koeffizient in den USA zwischen 1968 und 1992 (dem Erscheinungsjahr des Buches von Bachrach/Botwinick) von 0,39 auf 0,43 an (vgl. DeNavasWalt/Proctor/Lee 2006: 40f.). Auch in den OECD-Staaten stieg der Gini-Koeffizient im Schnitt zwischen der Mitte der 1980er Jahre bis zum Ende des ersten Jahrzehnts um etwa 10 Prozent an (OECD 2011: 22ff.).

churches, business and trade associations, professional organizations, trade unions and ‘private’ clubs” (Bachrach/Botwinick 1992: 2).

Auch in Benjamin Barber findet die repräsentative Demokratie einen scharfen Kritiker, der dieser sein Konzept der „starken Demokratie“ entgegenstellt (Schmidt 2010: 239). Weber (2012: 224) sieht in Barber gar den „wohl einflussreichsten Vertreter der partizipativen Demokratie im angloamerikanischen Raum“. Auch Barber bezieht sich bei der Entwicklung seines Konzepts auf Rousseau, wobei er vor allem dessen Kritik an der Entfremdung teilt, der er durch bessere Partizipation begegnen möchte (Weber 2012: 230, 233). Diese Entfremdung sieht Barber vor allem in der politischen Repräsentation begründet, mit der Bürger mit der Wahl ihre Bürgerpflichten an die gewählten Eliten delegieren und damit die Letztverantwortung für ihre „values, beliefs, and actions“ abgeben. Repräsentation mache den Bürger unfrei, weil sie ihn seiner Selbstbestimmung beraube (Barber 2003: 145, Weber 2012: 231). Die liberale Demokratie ist für ihn passiv und leer (Barber 2003: 114) und damit eine ‚dünne‘ Demokratie. Gravierender ist für Barber nur noch, dass die Demokratie in kapitalistischen Gesellschaften durch die neoliberale Doktrin der Privatisierung ausgehöhlt werde, was gesellschaftlich wichtige Bereiche der politischen Beeinflussung entziehe – und wodurch die Debatte um die geeignete Demokratieform letztlich irrelevant werde (Barber 2003: xii f.).

„Barber befürchtet, dass die soziomoralischen Ressourcen für ein gemeinwohlorientiertes staatsbürgerliches Engagement der Menschen in modernen kapitalistischen Gesellschaften zunehmend dahinschmelzen und durch privatistische und egoistische Orientierungen ersetzt werden. Als Gegenmittel sieht er zum einen eine starke Gemeinschaft, die den vorpolitischen Zusammenhang der demokratischen Ordnung gewährleisten soll, zum anderen ein stärkeres Engagement der Bürgerinnen und Bürger in zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen und Organisationen“ (Buchstein/Pohl 2012: 285).

Der ‚dünnen‘ repräsentativ-liberalen Demokratie stellt Barber sein Modell der ‚starken‘ partizipativen Demokratie entgegen, in der aktive Bürger das Regieren nicht delegieren, sondern selbst in die Hand nehmen – zumindest in einer Vielzahl von Bereichen (besonders, wenn in diesen Bereichen große Macht über die Bürger ausgeübt wird) und bei wichtigen Grundsatzentscheidungen (Barber 2003: 151). Barber selbst definiert seine ‚starke‘ Demokratie wie folgt:

“[S]trong democracy in the participatory mode resolves conflict in the absence of an independent ground through a participatory process of ongoing, proximate self-legislation and the creation of a political community capable of transforming de-

pendent private individuals into free citizens and partial and private interests into public goods” (Barber 2003: 151, H.i.O).

Partizipation ist dabei also nicht nur ein Mittel der Herrschaftsausübung, sondern soll die egoistisch-privatistischen Individuen der liberalen Gesellschaft zu einer aktiven Bürgergesellschaft zusammenführen.

“Community grows out of participation and at the same time makes participation possible; civic activity educates individuals how to think publicly as citizens even as citizenship informs civic activity with the required sense of publicness and justice. Politics becomes its own university, citizenship its own training ground and participation its own tutor” (Barber 2003: 152).

Im Sinne der Mehrdimensionalität von Partizipation (s.o.) hat Partizipation bei Barber also vor allem auch eine transformative sowie eine intrinsische Dimension (vgl. dazu Weber 2012: 235): Partizipation dient einerseits der politischen Bildung und Erziehung der Bürger¹⁵, hat für sie aber auch einen persönlichen Selbstzweck, da sie ihrer Entfremdung entgegenwirkt.

Andererseits kann für Barber (2003: 155) politische Partizipation umgekehrt nur sinnvoll in einem Gemeinwesen mit einem bürgerlichen Gemeinsinn gelingen, da nur unter dieser Voraussetzung Partizipation nicht zu einer Durchsetzung von egoistischen Partikularinteressen unter dem Deckmantel der Demokratie verkomme.

Aus diesen Ausführungen wird ersichtlich, dass sich das Bürgerbild von Barbers *strong democracy* fundamental von dem der repräsentativen Demokratie unterscheidet (vgl. Tab. 1): In der ‚starken‘ Demokratie sind die Bürger keine nebeneinander her lebenden Individuen, sondern besitzen ein nachbarschaftliches Gemeinschaftsgefühl. Sie geben ihr Selbstbestimmungsrecht nicht an einen Leviathan ab, sondern regieren sich selbst durch aktive Partizipation an den politischen Fragen und Problemen ihres Gemeinwesens, wobei sie einen kooperativen, von Respekt und gegenseitigem Einfühlungsvermögen geprägten Umgang pflegen und gemeinsam politische Fragen beraten, entscheiden und für die Gemeinschaft arbeiten (Barber 2003: 217 ff.).¹⁶

15 Für Weber (2012: 235) hat Barbers Konzept der ‚Strong Democracy‘ „die Form eines gestuften Erziehungsprogramms.“

16 Aufgrund dieser Vorstellungen interpretiert Walter Reese-Schäfer Benjamin Barbers Theorie als einen kommunitaristischen Ansatz (Reese-Schäfer 1994: 88ff.). Mit Theorien der partizipativen Demokratie hat der Kommunitarismus die Abgrenzung vom politischen Liberalismus gemeinsam. Der Kommunitarismus kritisiert vor allem das liberale Bild des Menschen als atomistisches, auf die Maximierung des eigenen Nutzens ausgerichtetes Individuum (ebd.: 7). Zwar wird dem Liberalismus „anfangs eine befreiende Wirkung gegenüber althergebrachten Ordnungen“ (ebd.) zugutegehalten. Die zunehmende Individualisierung in liberalen Gesellschaften, die immer

Im letzten Kapitel seines Buches versucht Barber, aus seiner entwickelten Demokratietheorie konkrete politische Reformen abzuleiten, mit denen die drei Hauptmerkmale seiner „starken Demokratie“ („strong democratic talk“, „strong democratic decision making“ und „strong democratic action“) institutionalisiert werden können: Erstens soll sich das politische Gespräch auf lokaler Ebene in Nachbarschaftsversammlungen, die lokale Probleme beraten und entscheiden, entwickeln. Zweitens plädiert Barber auf regionaler oder nationaler Ebene für „Television townmeetings“, die von einer „Bürgerkommunikationskooperation“, also einem Gremium der aktiven Bürgerschaft, organisiert werden sollen und in denen nachbarschaftsübergreifende Fragen oder nationale Gesetzgebungsinitiativen bzw. -referenden (s.u.) diskutiert werden und auch elektronische Abstimmungen abgehalten werden sollen. Drittens soll durch einen Bürger-Videotext und ein Gesetz zur postalischen Verteilung von politischen Materialien die politische Bildung der Bürger und der freie und gleiche Zugang zu Informationen gewährleistet werden. Dies soll viertens durch repräsentative *town-meetings* dort ergänzt werden, wo Nachbarschaftsvollversammlungen aufgrund der Größe der politischen Einheit nicht möglich sind. Allerdings sollen diese Repräsentanten aus allen Bürgern ausgelost werden, damit die Mitgliedschaft in diesen Gremien rotiert und jeder einmal die Möglichkeit zur Teilnahme bekommen kann (Barber 2003: 267ff.). „Strong democratic decision-making“ soll durch landesweite Gesetzesinitiativen und Volksabstimmungen, elektronische Abstimmungen sowie die Auswahl von Repräsentanten für regionale und nationale Versammlungen und Gremien sowie administrative Amtsträger (für deren Amt keine spezielle Qualifikation erforderlich ist) durch Losentscheid¹⁷ gewährleistet werden. Auch

weniger auch Gemeinschaften seien, mit ihren vor allem auf das eigenen Wohl bedachten Bürgern wird aber von Kommunitarierern als bedrohlich für die Grundlagen der Demokratie angesehen: „Die radikale Durchsetzung des sozial entpflichtetem Individualismus [wird] zum Tod der freiheitlichen Demokratie führen“ (Scheer 1987: 11). Der Kommunitarismus betont dagegen die sozialen Wesenseigenschaften des Menschen und die Vorteile der Stärkung der Gemeinschaft als Gegenströmung zu diagnostizierten Zerfallstendenzen der Gesellschaft (ebd. 161ff.). Kommunitaristen wie Amitai Etzioni treten (neben vielen anderen Reformmaßnahmen) dafür ein, die Gemeinschaften dadurch zu stärken, dass ihnen Aufgaben belassen bzw. wieder übertragen werden, die sie eigenverantwortlich regeln können, und den Gemeinschaften mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungen gegeben wird (Etzioni 1997: 167; 203ff.). In diese Richtung zeigen auch die Vorstellungen Barbers, in dessen ‚starker Demokratie‘ Menschen nicht als „legal persons“, sondern als Nachbarn angesehen werden, die durch gemeinsame partizipative Aktivitäten eine Gemeinschaft bilden, die sich in wesentlichen Fragen selbst regiert (s.o.). Für Reese-Schäfer verkörpert „Ben Barber [...] unter den Kommunitarierern am stärksten den Typus eines politischen Aktivisten der damals ‚neuen Linken‘ der 60er Jahre [...]“ (Reese-Schäfer 1994: 88).

- 17 “The reintroduction of election by lot on a limited basis might act to save representation from itself, by permitting some citizens to act on behalf of others (thus dealing with the problem of scale) [...]. Election by lot would also neutralize the skewing of wealth on public service,

Mehr partizipative Demokratie wagen
Zum Umgang der Europäischen Kommission mit
Online-Konsultationen

Labitzke, J.

2016, XVIII, 498 S. 29 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-11251-6